

DRINGLICHKEITSANTRAG

des FRITZ-Landtagsklubs, FPÖ-Landtagsklub, GRÜNE-Landtagsklub, NEOS-Landtagsklub
bzw. der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Andrea Haselwanter-Schneider, Patrick Haslwanter, Dipl. Soz.-Wiss.ⁱⁿ Zeliha
Arslan Dipl.-Päd.ⁱⁿ Birgit Obermüller u.a.

betreffend:

**Hilferuf der Schuldenberatung ernst nehmen:
Angebot der Schuldenberatung langfristig absichern!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend eine Valorisierung der Fördermittel für die Tiroler Schuldenberatung sicherzustellen, um die gestiegenen Kosten infolge von Inflation, Teuerung sowie durch den höheren Abschluss des SWÖ Kollektivvertrages auszugleichen;
2. eine bedarfsgerechte Aufstockung der finanziellen Mittel für die Tiroler Schuldenberatung vorzunehmen, damit dem stark gestiegenen Beratungsbedarf entsprochen werden kann;
3. sicherzustellen, dass Menschen in finanziellen Notlagen weiterhin zeitnah und ausreichend unterstützt werden, und dass keine Angebotskürzungen oder Personalreduktionen in einem Bereich erfolgen, der für die soziale Absicherung der Tiroler Bevölkerung zentral ist“.

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Soziales, Frauen, Integration und Inklusion sowie Gesundheit und Pflege sowie dem Finanzausschuss** zugewiesen werden.

B E G R Ü N D U N G:

Die Tiroler Schuldenberatung leistet seit Jahren einen unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Absicherung und Armutsprävention in Tirol. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, hoher Energiepreise und allgemeiner Teuerung nimmt der Bedarf an qualifizierter Schuldenberatung deutlich zu.

Die Schuldenberatung Tirol weist in einem Brief am 03.02.2026 eindringlich darauf hin, dass sie aktuell nicht mehr in der Lage ist, die Anmeldungen überschuldeter Klient:innen zeitgerecht zu bearbeiten. Aufgrund der personellen und finanziellen Rahmenbedingungen sieht sich die Schuldenberatung Tirol gezwungen, einen Aufnahmestopp bis 30.04.2026 zu verhängen. Im vorliegenden Schreiben wird auch darauf hingewiesen, dass diese Entwicklung das Ergebnis einer strukturellen Unterfinanzierung entstanden ist. Weiters sind die Fälle komplexer geworden und benötigen mehr Zeit der Berater:innen.

Trotz dieser Entwicklung hat das Land Tirol keine Valorisierung der Fördermittel im Budget abgesichert und darüber hinaus keine Aufstockung der finanziellen Mittel gewährt. Dies führt dazu, dass die Tiroler Schuldenberatung gezwungen ist, ihr Angebot einzuschränken, obwohl die Zahl der Anfragen kontinuierlich steigt.

Die Konsequenzen sind gravierend:

Menschen in akuten finanziellen Notlagen erhalten keine oder keine rechtzeitige Unterstützung mehr. Beratungsleistungen müssen reduziert oder verzögert werden.

Personalabbau droht bzw. ist bereits notwendig, obwohl der Arbeitsanfall massiv steigt.

Diese Entwicklung ist sozialpolitisch nicht verantwortbar. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, präventive und unterstützende Angebote zu stärken, anstatt sie zu schwächen. Jeder Euro, der in Schuldenberatung investiert wird, verhindert soziale Folgekosten und trägt zur Stabilisierung der Lebensverhältnisse vieler Tirolerinnen und Tiroler bei.

Die **Dringlichkeit** dieses Antrages ergibt sich aufgrund der akuten Situation und der bereits eintretenden negativen Auswirkungen wie der Einschränkung des Angebotes.

Innsbruck, am 05.02.2026